

In den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien wird festgestellt, es gibt keine militärische Bedrohung der Bundesrepublik. Stattdessen wird eine „asymmetrische Gefährdung“ durch Terrorgruppen ausgemacht, insbesondere wenn diese ABC-Waffen einsetzen könnten.<sup>1</sup> Da der Zivilschutz in einem solchen Fall schnell überfordert wäre, soll die ABC-Abwehrtruppe der Bundeswehr aushelfen. Die CDU/CSU-Opposition nutzte gar die beschworene Terrorbedrohung, um einen präventiven „Einsatz der Bundeswehr im Innern“ zu fordern. Allerdings muß bezweifelt werden, daß die ABC-Abwehrbataillone wegen ihrer begrenzten Kapazitäten und geringen Einsatzbereitschaft im Alarmfall tatsächlich eine nennenswerte Hilfe darstellen. Die Bundesrepublik ist, wie die USA,<sup>2</sup> schlecht vorbereitet.

## **ABC-Abwehr: Präventiveinsätze der Bundeswehr im Innern?**

*Gerhard Piper (Veröffentlicht in antimilitarismus information – ami Nr. 5/6-2003)*

### **1. Bedrohungspertzption**

Haben die Bundeswehrreformen der letzten zehn Jahre ihre Ziele erreicht? Immerhin konnten die viel zu vielen Generäle ihre lukrativen Posten behalten und damit dem karriereorientierten Offizierskorps die Aufstiegschancen sichern. Nach einem vertraulichen Bericht von Brigadegeneral Dieter Löchel aus dem letzten Jahr wächst in den Militäreinheiten die Frustration über die sogenannten „Durchlauferhitzer“.<sup>3</sup> Größere Probleme bereitet es, für dieses Beamtenheer eine sinnvolle Aufgabe zu finden, denn „eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht“, heißt es in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR). So verwaltet die Bundeswehr noch immer ein Arsenal aus 3121 Kampfpanzern Leopard, das niemand braucht.<sup>4</sup> Als mögliche Bedrohung scheint noch am wahrscheinlichsten ein Terrorangriff mit ABC-Waffen. Außerdem stellte eine geheime Regierungsstudie der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) im Januar 2003 fest, was ohnehin jeder weiß, daß nämlich keines der 19 Atomkraftwerke in Deutschland einen ausreichenden Schutz gegenüber einem Terrorangriff mit einem Passagierflugzeug hätte. Der „Triebwerksdruck“ könnte den Reaktor beschädigen und einen Super-Gau auslösen.<sup>5</sup>

Über das tatsächliche Ausmaß der terroristischen Bedrohung ist es längst zum Parteienstreit gekommen. Den Grund dafür lieferte ein geheimes Papier aus dem Bundesgesundheitsministerium, Referat 329, vom 9. August



2002, in dem vor einem Angriff mit Pockenviren gewarnt wurde: „Die außenpolitische Einschätzung und insbesondere die Berichte der Nachrichtendienste weisen auf ein akute Verschärfung der Gefährdungslage hin: Den deutschen Sicherheitsdiensten liegen dokumentierte Erkenntnisse vor, daß Pockenerreger (..) in Rußland, Irak und Nordkorea gelagert werden. Ebenso gibt es Hinweise darauf, daß sich Terrorgruppen um die Herstellung biologischer Kampfstoffe bemühen. (..) Bei einem – nicht mehr sicher auszuschließenden – Angriff im Bereich des Bioterrorismus bestünde das bei weitem verheerendste Szenario im Fall eines Anschlags mit Pockenerregern. (..) Es wäre mit 30 bis 40% Todesfällen zu rechnen, d.h. etwa 25 Millionen Menschen allein in der Bundesrepublik.“<sup>6</sup> Als die Tageszeitung FAZ das Geheimpapier am 16. Februar 2003 veröffentlichte, warf die Redaktion der Bundesregierung gefährliche Geheimnistuerei vor: „Die Bundesregierung hat offenbar monatelang Erkenntnisse geheimgehalten, wonach der Irak über biologische Massenvernichtungswaffen verfügt und mit ihnen Deutschland bedroht.“<sup>7</sup>

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) stellte am gleichen Tag klar, der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über irakische ABC-

Waffen vor. Die Beamten aus dem Gesundheitsministerium hätten gefährliche Pockenviren mit harmlosen Kamelpockenerregern verwechselt. Er mochte daher lediglich eine „allgemeine abstrakte Gefahr“ konstatieren. FDP-Chef Guido Westerwelle behauptete daraufhin in der Springer-Presse, „es sei unverantwortlich, wie die Bundesregierung die Bedrohung Deutschlands durch Massenvernichtungswaffen aus Irak verharmlost“.<sup>8</sup> Die kriegslüsterne Oppositionsführerin Angelika Merkel (CDU) nutzte die Gelegenheit, um drei Wochen vor Beginn des Golfkrieges vergeblich eine Bundestagsdebatte über die Terrorgefahr durch Pocken zu fordern. Obwohl es in der Bundesrepublik offiziell keine Pockengefahr gab, beschloß die Bundesregierung dennoch die Bestände an Pockenimpfstoff aufzufüllen, denn z. Zt. werden in der Bundesrepublik nur 60 Millionen Impfstoffdosen

gelagert, dies reicht für 75% der Bevölkerung. Bleibt hinzu zufügen, bis heute haben die US-Besatzungstruppen im Irak keine einzige ABC-Waffe gefunden haben.

## 2. Das ABC-Abwehrpotential der Bundeswehr

Nicht zuletzt durch die „Reförmchen“ der letzten Jahre ist die Bundeswehr heute auf den wahrscheinlichsten Bedrohungsfall schlechter vorbereitet, als vor zehn, fünfzehn Jahren, weil die ABC-Abwehrtruppe seit der Kohl-Ära erheblich reduziert wurde. Ohnehin wäre es fraglich, ob im Falle eines Anschlages mit Massenvernichtungswaffen eine wirksame Hilfe möglich wäre. Bei der größten Nuklearkatastrophe in der Geschichte der Bundesrepublik, dem Super-GAU im Atomreaktor von Tschernobyl 1986, glänzte der deutsche Katastrophenschutz durch Nichtstun. Schon bei herkömmlichen Bränden stoßen Feuerwehrleute oft an die Grenzen des Machbaren, wenn die Strahlungshitze durch die Nomex-Anzüge dringt und den eigenen Körperschweiß soweit erhitzt, daß die Einsatzkräfte leichte Verbrühungen davontragen.



Für einen Einsatz verfügt die ABC-Abwehrtruppe offiziell über 2.900 Stellen im Plansoll.<sup>9</sup> Die sollen zukünftig auf 3.100 Dienstposten aufgestockt werden, was unsinnig ist, da derzeit nur 2400 Planstellen tatsächlich besetzt sind. Als Kriegsstärke wird gar eine Zahl von 7.300 Mann angepeilt. Der sogenannte „General der ABC-Abwehrtruppe“ ist gegenwärtig Oberst Hans Jürgen Kalder. Die Haupt-ABC-Meldezentrale (HAMZ) ist im Verteidigungsministerium angesiedelt.<sup>10</sup> Hier laufen alle Warnmeldungen zur Auswertung ein. Im Alarmfall würde die HAMZ die Staatsspitze über die Gefahrenlage informieren.

Nach der Bundeswehrreform werden die vier vorhandenen ABC-Abwehrbataillone in der Abwehrbrigade 100 zusammengefaßt. Die Brigade wurde am 1. April 2002 in Bruchsal als Teil der Streitkräftebasis aufgestellt. Es handelt sich um die Einheiten Nr. 7 (Höxter), Nr. 610 (Albersdorf), Nr. 750 (Bruchsal) und Nr. 805 (Prenzlau). Jedes der Bataillone besteht aus einer Stabs- und Versorgungskompanie sowie drei Einsatzkompanien. Hinzu kommt eine „teilaktive Einheit“, das ABC-Lehrbataillon 210 in Sonthofen, das zum 1.7.2003 in eine Reserveeinheit umgegliedert werden soll,<sup>11</sup> und drei inaktive Reservebataillone: Nr. 110 (Albersdorf), Nr. 310 (Zweibrücken) und Nr. 410 (Höxter).<sup>12</sup> Außer diesen Heereskräften hat die Luftwaffe ein Objektschutzbataillon, das speziell auf dem Gebiet der ABC-Abwehr ausgebildet wurde. Sämtliche Kampfschiffe der Bundesmarine besitzen ABC-Schutzanlagen, darüber hinaus hat die Marine keine speziellen ABC-Abwehreinheiten. An zentralen militärischen Dienststellen kommen hinzu das Wehrwissenschaftliche Institut für Schutztechnologie und ABC-Schutz in Munster (Niedersachsen) und die ABC- und Selbstschuttschule in Sonthofen mit einer separaten ABC-Untersuchungsstelle.

Die „normalen“ Bundeswehrsoldaten sind ausgerüstet mit der ABC-Schutzmaske M65 und deren Filtersystem FE55NM, die noch aus den sechziger Jahren stammt. Sie soll ab dem Jahr 2004 durch die neue „Maske 2000“ ersetzt werden. Außerdem sind einige Soldaten mit einem einfachen Schutzanzug ausgestattet, der von den Soldaten „Zodiac“ genannt wird. Die Angehörigen der ABC-Truppe sind demgegenüber besser gegen ABC-Waffen geschützt. Sie tragen den Schutzanzug „Overgarment“. Das Kernstück der ABC-Abwehr ist der Spürpanzer TPz1A6 Fuchs des Herstellers Thyssen-Henschel. Fast hundert Exemplare gehören zum Bestand der Bundeswehr. Mit seinen atomaren Spürgeräten ASG und dem Strahlenspür- und Verstrahlungsmeßgerät (SVG), dem Strahlendosisimeter Taktisch (SDT) und dem mobilen Massenspektrometer MM1 des Bremer Unternehmens Bruker Daltonik GmbH ist der Panzer in der Lage, kleinste Mengen einer radioaktiven oder giftigen Substanz nachzuweisen; allerdings kann der Fuchs nicht zum Nachweis biologischer Kampfstoffe eingesetzt werden.<sup>13</sup> Mindestens 37 Spürpanzer wurden „kampfwertgesteigert“.<sup>14</sup> Dazu wurden folgende Meßgeräte zusätzlich eingebaut: EDW 150, MAB 500, MicroCount H13420 und ein Gaschromatographen-Ofen. Allerdings kann die Besatzung eine Vergiftungszone nur melden und markieren, nicht aber zu ihrer Dekontamination beitragen. Von der ABC-Abwehrtruppe waren im letzten Jahr 111 Soldaten in ex-Jugoslawien, rund 250 Mann in Kuwait und 22 Soldaten in Afghanistan stationiert, wo die Soldaten u. a. für die Wasseraufbereitung zuständig waren.<sup>15</sup>

## 3. Forschungen an ABC-Waffen

Ein Überblick über das ABC-Abwehrpotential wäre unvollständig, würde man die Forschungen im Bereich der ABC-Waffen außer Acht lassen. Gemäß den Pariser Protokollen vom 23.10.1954 betreibt die BRD keine Forschungen zur Entwicklung von ABC-Waffen, lediglich sogenannte „Defensivforschungen“ werden von der Bundesregierung eingestanden: „Wegen der möglichen Verfügbarkeit biologischer Massenvernichtungsmittel in

einer Reihe von Staaten und des damit verbundenen Risikos unterhält das BMVg ein Programm zur Weiterentwicklung der Fähigkeiten zum Schutz vor biologischen Waffen. Innerhalb der Bundeswehr werden in Institut für Mikrobiologie der Sanitätsakademie der Bundeswehr und am Wehrwissenschaftlichen Institut für Schutztechnologien-ABC-Schutz der Bundeswehr Vorhaben zu diesem Zweck durchgeführt.“<sup>16</sup>

Zur Zeit verfolgt die Bundeswehr insgesamt 26 Forschungsprojekte mit folgenden Erregern: Botulismus, Dengue, Milzbrand, Pest, Pferde-Enzephalitis, Q-Fieber, Tularämie etc.<sup>17</sup> An der Sanitätsakademie in München arbeiten 7 Wissenschaftler. Da deren Labor nur die Sicherheitsstufe 2 erfüllt, darf dort nicht mit echten biologischen Kampfstoffen geforscht werden, sondern „nur“ mit artverwandten Erregern. Hingegen steht den Wissenschaftlern in Münster ein Hochsicherheitslabor der Stufe 3 zur Verfügung.<sup>18</sup> Nach Angaben von Jan van Aken vom „Sunshine Project e.V.“ könnte auch ein drittes Bundeswehrinstitut an der B-Waffen-Forschung beteiligt sein: Das Zentrale Institut des Sanitätsdienstes in Koblenz arbeitete Anfang der neunziger Jahre mit Hantaviren.<sup>19</sup> Im Rahmen ihrer „Defensivforschungen“ wendet die Bundeswehr auch gentechnische Arbeitsmethoden an und führt Tierversuche durch. So produzierte die Bundeswehr einen Tuläremie-Erreger, der gegenüber Antibiotika genetisch resistent gemacht wurde.<sup>20</sup>

Auch mehrere „zivile“ Forschungsinstitutionen sind bzw. waren an der Bio-Waffen-Forschung beteiligt: das Institut für Virologie der Tierärztlichen Hochschule Hannover, das Institut für Virologie der Universität Marburg, das Institut für Hygiene und Infektionskrankheiten der Tiere der Uni Gießen, das Institut für medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Uni Freiburg, die Tierärztliche Fakultät der Uni München, das Institut für Umwelt- und Tierhygiene der Uni Hohenheim und der Tiergesundheitsdienst Bayern in Poing.<sup>21</sup>

#### 4. Einsatzbereitschaft der Bundeswehr?

Man sollte meinen, daß ein Verteidigungshaushalt von 24,4 Milliarden Euro jährlich völlig ausreichen würde, um eine Armee optimal auszurüsten, zumal wenn keine militärische Bedrohung erkennbar ist.<sup>22</sup> Es ist dem Versagen der Generalinspektoren in den letzten Jahren anzulasten, daß die Militärführung der Bundeswehr hierzu offensichtlich nicht in der Lage war. Dies verdeutlicht ein Blick auf die ABC-Abwehrtruppe. Seit 1990 wurden mehrere ABC-Abwehrbataillone (Bad Dübren, Emden, Zweibrücken etc.) aufgelöst. Bei den verbliebenen Einheiten gibt es erhebliche Probleme mit der Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft. In einzelnen Kompanien kommt es zeitweise vor, daß durch Krankmeldungen, Urlaubsabgänge und Auslandseinsätze nur 25% der Soldaten tatsächlich verfügbar sind.<sup>23</sup> Das Verteidigungsministerium selbst konstatierte in seinem Bericht zur „Ausrüstungslage der Bundeswehr“ vom 3. Mai 1999, daß es um die Einsatzbereitschaft der ABC-Truppe schlecht bestellt ist: „Die Dekontaminationsausrüstung der ABC-Abwehrtruppe genügt hinsichtlich Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz nicht mehr den Anforderungen.“<sup>24</sup> Diese Kritik bestätigte im darauffolgenden Jahr der Bundesrechnungshof: „Die Streitkräfte der Bundeswehr müssen davon ausgehen, dass sie in einem Einzelfall auch Bedrohungen durch atomare, biologische und chemische (ABC-) Kampfmittel zu begegnen haben. (...) Dazu richtete die Bundeswehr in den 70er-Jahren sogenannte Hauptentstrahlungs-, Entseuchungs- und Entgiftungsplätze (Dekontaminationsplätze) ein. Ende der 80er-Jahre galten die Ausstattung dieser Plätze als veraltet, störanfällig, zu zeit- und personalaufwendig und die verwendeten Chemikalien als umweltschädlich. Das Heer forderte daher im Jahre 1988 moderne Dekontaminationsplätze. (...) Die konzeptionellen Vorgaben für die Ermittlung und Beschreibung des Dekontaminationsbedarfs der Bundeswehr enthielten keine aus Szenarien abgeleitete Daten zum Umfang und zur Qualität der Kontamination, mit der ggf. in einer Krise, einem Krisenreaktionseinsatz oder im Verteidigungsfall zu rechnen wäre. (...) Die Beschaffung zehn vollständiger Plätze soll frühestens im Jahre 2009, also 21 Jahre nach Billigung der Taktischen Forderung und dem dort formulierten Bedarf, abgeschlossen sein. Insgesamt plant die Bundeswehr, 24 Plätze für rund eine



halbe Milliarde DM zu beschaffen. (...) Wegen der notwendigen hohen Temperaturen ließ sich das zur Dekontamination der Bekleidung entwickelte Heißgas-/Heißdampfverfahren für wesentliche Bekleidungs- und Ausrüstungskomponenten nicht anwenden.“<sup>25</sup>

Noch deutlicher wurde der Beauftragte für Erziehung und Ausbildung beim Generalinspekteur, Brigadegeneral Dieter Löchel in seinem vertraulichen Jahresbericht 2002: „Mir graut, wenn ich im Fernsehen höre, die deutsche ABC-Abwehrtruppe sei die bestausgebildete und bestausgerüstete auf der Welt. Dabei sind wir nicht einmal in der Lage, einen einzigen Trupp zusammenzubekommen, der hundertprozentig seinen Auftrag erfüllen kann,“ heißt es in dem Bericht.<sup>26</sup> Ein düsteres Bild von der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und ihrer Befähigung zur ABC-Abwehr zeichnete auch der frühere Heeresinspekteur Generalleutnant Gudera in seinem vertraulichen Bericht „Führungsmeldung über den Zustand des Heeres 2001“ vom 25. Februar 2002. Danach „gibt es in der B-Aufklärung (biologische Aufklärung, GP) noch keine akzeptablen Lösungsmöglichkeiten“. (..) Eine angemessene Fähigkeit zur Landesverteidigung kann aufgrund der finanziellen Enge zukünftig nicht mehr umfassend abgebildet werden. (..) Die Grenze der Belastbarkeit des Heeres, seines Personals, seines Materials und seiner Strukturen ist erreicht.“<sup>27</sup> So wird innerhalb der Bundeswehr Kritik an den Zuständen in den Kasernen laut, ohne daß diese mit einer Kritik an der eigenen verantwortlichen Militärführung verbunden würde. Nun will der Generalinspekteur im Rahmen des Strukturkonzeptes „Heer der Zukunft“ die „Durchhaltefähigkeit“ der ABC-Abwehrkräfte verbessern.<sup>28</sup>

Auch zwanzig Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beklagten in einem Entschließungsantrag die desolaten Zustände und übten dabei allzu vorsichtige Kritik an der früheren Kohl-Regierung: „Nach dem Ende des kalten Krieges wurde die Versorgungsfall-Vorsorge auf ein minimales planerisches Niveau zurückgefahren. Dies hat zu einem erheblichen Defizit im Bereich der Gesundheitsvorsorge, der ABC-Abwehr und der Organisation und Koordination des Hilfsleistungspotentials oberhalb der Kreisebene geführt. Die Defizite bei den Sanitätsorganisationen in ABC-Lagen sind besorgniserregend. So fehlen bei ABC-Lagen z. B. geeignete Transport-, Versorgungs- und Behandlungseinrichtungen. Die vorhandene Infrastruktur reicht schon für eine geringe Zahl ABC-Verletzter/Erkrankter nicht aus. Die Ausstattung der Zivil- und Katastrophenschutzeinrichtungen mit ABC-Erkundungsfahrzeugen ist mangelhaft. (..) Behelfskrankenhäuser in Schulen, Turnhallen und anderen öffentlichen Einrichtungen sind seit den neunziger Jahren nicht mehr möglich, die Notbetten befinden sich inzwischen in der Katastrophenhilfe im außereuropäischen Raum.“<sup>29</sup>

Da bei Auslandseinsätzen mit einem erhöhten Anfall von Patienten unter den Soldaten zu rechnen ist, den die Bundeswehrkrankenhäuser allein nicht bewältigen können, hat die Bundeswehr mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) am 22. April 1999 eine Vereinbarung getroffen, gemäß der Militärpersonal in zivilen Krankenhäusern medizinisch versorgt wird, während die Kliniken vom Sanitätsdienst der Bundeswehr materiell unterstützt werden. Bis jetzt beteiligen sich 26 Krankenhäuser (Bremen, Karlsruhe, Sindelfingen, Tübingen etc.) an dem Programm.<sup>30</sup> Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen sieht hier die Gefahr einer „zivil-militärischen Vermischung“.

## 5. Die ABC-Abwehr im Zivilschutz

Während im Alarmfall kaum Hilfe von der militärischen ABC-Abwehrtruppe zu erwarten ist, stellt sich die Frage, ob der zivile Zivilschutz diese Lücke ausfüllen könnte. Im föderalen System der Bundesrepublik ist der Katastrophenschutz eine Aufgabe der Länder und ihrer Kommunen, während für den Zivilschutz der Bund zuständig ist. Auch im Bereich Zivilschutz müssen alle ausführenden Maßnahmen durch die Bundesländer durchgeführt werden, die dazu wiederum die Hilfsorganisation mit ihren (ehrenamtlichen) Helfern einsetzen: Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser, Johanniter, Samariter usw. Der Zivilschutz wird aktiviert bei „großflächigen, nationalen Gefahren- und Schadenslagen“ durch militärische Konflikte, Terrorismus, Schwerstkriminalität, Unglücksfälle, Naturereignisse und Epidemien.<sup>31</sup>

Beim Bundesverwaltungsamt in Bonn-Bad Godesberg wurde am 1.1.2001 eine Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) als Leitungsorgan eingerichtet.<sup>32</sup> Ihrem Leiter, Branddirektor Wolfgang Weber, sind rund 200 Mitarbeiter direkt unterstellt. Noch im Laufe diesen Jahres soll ein Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) gegründet werden. Innerhalb der ZfZ betreibt ein Zentrum für Krisenmanagement eine Gemeinsame Melde- und Alarmzentrale (GMAZ). Das frühere, landesweite Luftsirenenensystem wurde Anfang der neunziger Jahre weitgehend verschrottet, so daß nur noch 16% der Bevölkerung per Sirene gewarnt werden können. Gegenwärtig existiert kein flächendeckendes Alarmierungssystem! Zukünftig soll die Zivilbevölkerung im Gefahrenfall über das (öffentlich-rechtliche) Radio durch ein sogenanntes PTY-31-Signal im UKW-Bereich alarmiert werden, sofern die Rundfunk- und Fernsehapparate eingeschaltet sind.<sup>33</sup> Darüber hinaus fungiert die Zentralstelle seit Mai 2002 als Zentrale für die Internet-Webseite „deNIS“: „Das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem - deNIS - informiert über Gefahrenarten, Möglichkeiten der Gefahrenabwehr sowie über personelle und materielle Hilfeleistungspotentiale. Es ist ein Serviceangebot des Bundesverwaltungsamtes - Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) - im Auftrag der Bundesregierung. Hier finden Sie umfangreiche Links zu Daten aus den Bereichen Katastrophenschutz, Zivilschutz und Notfallvorsorge.“<sup>34</sup> Zu den Publikationen gehören mehrere „Checklisten“ (Lebensmittel, Energieausfall, Notgepäck, Brandschutz, etc.). Im „Merkblatt für das

Verhalten bei Gefahr radioaktiver Kontamination“ werden Ratschläge erteilt, an die sich jeder halten sollte: „Vermeiden sie unnötigen Sauerstoffverbrauch (...), Telefonieren sie nur in Notfällen“.<sup>35</sup>

Auch um die Materialausstattung der Hilfsorganisationen ist es schlecht bestellt. Zur Deckung ihres Fahrzeugbedarfs erhielten sie in der Vergangenheit oftmals uraltes Ausschußgerät der Bundeswehr. Nach dem 11. September wurde der Zivilschutz geringfügig modernisiert. Die Innenministerkonferenz beschloß dazu am 6. Juni 2002 eine sogenannte „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“. Darin wurde eine verbesserte Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden und Hilfsorganisationen, ein materieller Ausbau des Zivilschutzes, eine Ausweitung der Rechtsnormen und – nicht zuletzt - eine erhöhte „Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung“ vereinbart.<sup>36</sup> So wurden für 40 Millionen Euro 367 ABC-Erkundungskraftwagen (ABC-ErkKW) auf Basis des Fiat Ducato beschafft, die der Bund den Feuerwehren und Hilfsorganisationen zur Verfügung stellt. Die Auslieferung der ersten zwölf Exemplare am 18. Oktober 2001 nutzte Bundesinnenminister Otto Schily, um sich pressewirksam in Szene zu setzen. Mit ihren Meßgeräten FH40G, ToxMeter PID und RAID 1 können die Laborwagen – theoretisch - radioaktive und chemischen Substanzen nachweisen. Zur Erfassung von biologischen Kampfstoffen könnten sie nur mit einer Zusatzausrüstung eingesetzt werden.<sup>37</sup> Allerdings gibt es bei den Fahrzeugen Probleme mit den Messcontainern, die von Rheinmetall Landsysteme GmbH in Kassel hergestellt werden. Außerdem enthielt das Bordbuch der Berliner Firma MSA Auer GmbH für verschiedene Chemikalien zunächst falsche Alarmwerte. Wegen der vielen Probleme mit den neuen Fahrzeugen brauchten die Katastrophenhelfer selbst eine Pannenhilfe. So richtete das Bundesverwaltungsamt extra ein „Service-Telefon ABC-Erkunder“, das täglich drei Stunden besetzt ist.<sup>38</sup> Die technischen Probleme zur Messung von Giftstoffen sind mittlerweile behoben, Probleme bereitet weiterhin die Erfassung von Strahlenquellen: Wenn der ABC-Erkundungstrupp keine erhöhte Radioaktivität feststellt, heißt das nicht, daß auch keine Strahlung vorhanden wäre. Nicht zuletzt sind die 367 ABC-Erkundungskraftwagen kein Ersatz für ein flächendeckendes Frühwarnmeßnetz, für das 43.000 Meßstellen aufgebaut werden müßten.<sup>39</sup>



Selbst wenn ein solches Frühwarnmeßnetz existierte, wäre man damit nicht in der Lage, einen Seuchenausbruch oder einen Angriff mit biologischen Waffen – in Frage kommen bis zu 50 verschiedene Infektionserreger - frühzeitig zu entdecken: „Herkömmliche Methoden zur Detektion biologischer Kampfstoffe (z. B. klassische mikrobiologische und immunologische Nachweisverfahren) sind zeitaufwendig und benötigen mehrere Stunden bis Tage. Darüber hinaus können diese Analysen nicht vor Ort, sondern nur in spezifischen Zentrallaboren durchgeführt werden. (...) Ein alternatives Verfahren zum Nachweis pathogener Organismen nutzt die PCR-Technologie (Polymerase Chain Reaction). (...) Der

Nachweis beruht auf einer Vervielfältigung und Identifikation des ungefährlichen Erbmaterials (DNA/RNA) der in der Probe vorhandenen Krankheitserreger.“<sup>40</sup> Außerdem ist nur eine Minderheit unter den Allgemeinmedizinern in der Lage, einen gefährlichen Seuchenträger als solchen zu erkennen, selbst wenn dieser direkt vor ihm steht. Das Ausbleiben einer frühzeitigen Warnung könnte fatale Auswirkungen haben: „Eine exakte Voraussage medizinischer Auswirkungen eines bioterroristischen Angriffs ist (...) wegen der Unkenntnis des Zeitpunktes, der Art und Konzentration des Agens, des Ausbringungsmodus, der Dauer und Intensität der Exposition sowie der Empfänglichkeit der betroffenen Bevölkerungsgruppe nicht ohne weiteres möglich“, erklärt Ernst-Jürgen Finke vom Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr in München.<sup>41</sup>

Für Fragen der Seuchenabwehr ist das Robert-Koch-Institut (RKI) unter Leitung von Prof. Reinhard Kurth in Berlin die fachliche Anlaufstelle für alle Behörden mit insgesamt 182 wissenschaftlichen Mitarbeitern.<sup>42</sup> Nach dem 11. September wurde beim Institut eine Zentrale Informationsstelle des Bundes für Seuchenabwehr und Bioterrorismus (ZIBS) eingerichtet. Außerdem erhält das Institut ein neues Hochsicherheitslabor, um mit hochinfektiösen Krankheitserregern experimentieren zu können.<sup>43</sup> Professor Kurth beklagte dennoch den (geplanten) Stellenabbau, der die Funktionsfähigkeit des Instituts gefährde: „Derzeit sind die Kapazitäten für Ausbruchsuntersuchungen und angewandte Forschungsprojekte, zum Beispiel zur Ermittlung von Risikofaktoren (Infektionsquellen) deutlich angespannt.“<sup>44</sup>

Trotz des vorhandenen Netzes aus Krankenhäusern und Kliniken gibt es auch bei der medizinischen Versorgung erhebliche Defizite. Nach einem Vorschlag des „Städtetages“ sollen für die Patientenversorgung bei Schadensfällen mit maximal 50 Verletzten die Kommunen, für Unglücke mit 51 bis 500 Verletzten die Bundesländer und für Großereignisse mit über 500 Verletzten der Bund verantwortlich sein. Bei einem Massenanfall von polytraumatisierten Verletzten sind die Ärzte mit der Aussonderung behandlungsunwürdiger

Schwerstverletzter, der sogenannten Triage, ohnehin überfordert. Kaum ein Krankenhaus verfügt über einen Katastrophenplan. Zur Behandlung Schwerbrandverletzter stehen in der BRD insgesamt 127 Betten in 22 Krankenhäusern zur Verfügung.<sup>45</sup> Besondere Probleme drohen bei der Versorgung von hochinfektiösen Kranken. So sind bei den fünf „Kompetenzzentren“ (Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt und München) bundesweit nur 16 Quarantänebetten ständig verfügbar. Im Bedarfsfall könnte die Zahl der Betten auf 42 Stück erhöht werden.<sup>46</sup> Damit die Vorsorgedefizite nicht auf den Rücken der Ärzte abgewälzt werden, fordert die Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin (DGKM),<sup>47</sup> daß die Politiker ihr – oben genanntes-Strategiepapier trotz der Finanzprobleme im Gesundheitswesen in die Praxis umsetzen. Weil mögliche Gefahren nicht an Ländergrenzen haltmachen, fordert der Generalsekretär der DGKM Prof. Peter Sefrin die Bildung von „mobilen Spezialgruppen, die auch europaweit agieren können“.

Die Ausbildung der Zivilschutzkräfte wird von der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler durchgeführt.<sup>48</sup> Zu ihrem Lehrangebot gehört ein Seminar über die „Konzeption komplexer Gefahren- und Risikoanalysen“. Im Lehrplan wird diese Veranstaltung mit folgenden Worten angepriesen: „Die Ereignisse vom 11. September 2001 haben gezeigt, dass im Bereich der Gefahrenanalysen auch das „Undenkbare“ gedacht werden muss. Das an der AKNZ erstmalig angebotene Seminar soll dazu befähigen, komplexe Gefahren- und Risikoanalysen strukturell zu konzeptionieren sowie deren Planung und Durchführung unter Berücksichtigung von politischen, soziologischen und psychologischen Aspekten zu begleiten. Darüber hinaus sollen Teilnehmer dazu befähigt werden, politische Entscheidungsgremien in besonderen Gefahren- und Schadenslagen unter den o.g. Aspekten zu beraten. (...) Wir würden uns freuen, Sie zum nächsten Seminar begrüßen zu dürfen.“ Allzu umfassend dürfte die Ausbildung zur politischen, soziologischen und psychologischen Zivilschutzkomplexitätskonzeption allerdings nicht sein, da die Dauer der Lehrveranstaltung auf zwei Tage begrenzt ist.<sup>49</sup> Ansonsten führt man - wie das Militär - eigene Manöver durch, so die Großübung „Orkan 2003“ mit 2000 Mann am 17./18. Mai 2003 in Berlin-Karlshorst.

## 6. Einsatz der Bundeswehr im Innern?

Ein militärischer Einsatz der Bundeswehr im Landesinneren ist bisher weitgehend ausgeschlossen. Das Grundgesetz erlaubt eine Verwendung von Soldaten nur „zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall“ (Artikel 35 Absatz 2) oder „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ (Art. 87a Abs. 4), wenn „das Land, in dem die Gefahr droht, nicht selbst zur Bekämpfung der Gefahr bereit oder in der Lage ist“ (Art. 91 Abs. 2). Unklar ist, in welchem Umfang diese Gesetzesbestimmungen einen „Einsatz der Bundeswehr im Innern“, also im Extremfall eine Bekämpfung deutscher Staatsbürger durch die Bundeswehr, rechtlich ermöglichen, oder ob dies eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes voraussetzt.

Einen ersten Vorstoß in diese Richtung unternahm 1993 Wolfgang Schäuble für den Fall von „größeren Sicherheitsbedrohungen im Innern“ durch die Gefahr des internationalen Terrorismus. Ähnliche Forderungen erhoben Jürgen Rüttgers (1994) und der frühere Verteidigungsminister Rupert Scholz (1999). Jedesmal wurden diese Vorstöße von den anderen Bundestagsparteien zurückgewiesen.<sup>50</sup> Nun wird die hypothetische Gefahr von Terroranschlägen mit ABC-Waffen von der CDU/CSU instrumentalisiert, um einen Einsatz der Bundeswehr im Innern zur Terrorismusbekämpfung schon dann zu erlauben, wenn es noch gar keine Terroranschläge gibt. So fordert die bayerische Landesregierung unter Ministerpräsident Edmund Stoiber: „Bei drohenden Anschlägen etwa durch biologische oder chemische Giftstoffe müssen die hervorragenden Fähigkeiten der Bundeswehr zum Schutz der Bevölkerung auch im Inland voll genutzt werden können. (...) Ohne Einsatz der ABC-Abwehr der Bundeswehr wäre man im Ernstfall schnell handlungsunfähig. (...) Es ist nicht nachvollziehbar, dass zum Beispiel die Fuchsspürpanzer, die für solche Fälle hervorragend geeignet sind, weltweit überall eingesetzt werden können, nur nicht zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland.“<sup>51</sup>

Der bayerische Innenminister Günther Beckstein ergänzte am 18. Oktober 2002 im Bundestag, daß ein Einsatz der Bundeswehr im Innern schon durch „Trittbrettfahrer“ und „Spaßvögel“ ausgelöst werden kann: „Ich kann nicht verstehen, wie die Frage der ABC-Abwehr auf ideologische Weise behandelt wird und warum die Bundeswehr in diesem Bereich nicht eingesetzt wird. Konkret: Am Freitag letzter Woche tauchten beim Briefpostamt in Nürnberg zwei Briefe mit der Aufschrift (...) „Der heilige Krieg hat begonnen“ auf. Aus diesen Briefen rieselte weißes Pulver. Polizisten, die keinen Tag Ausbildung in der Abwehr biologischer Gefahren hatten, und Feuerwehrleute, die dafür nie geübt hatten, mussten tätig werden. 30 Kilometer entfernt erklärte ein



ABC-Zug der Bundeswehr auf Nachfrage, dass er keine Kompetenz habe.“<sup>52</sup> Nicht erst dann, wenn eine Katastrophe eingetreten ist, schon bei einem einfachen Terrorismusverdacht, fordert die CDU/CSU Präventiveinsätze der Bundeswehr im Landesinnern. Die Erfahrung nach dem 11. September zeigte, daß bei der Deutschen Bahn AG im Oktober 2001 46mal „Milzbrandbriefe“ o.ä. aufgefunden wurden, bei der Deutschen Post AG gab es im selben Monat bis zu 73 verdächtige Sendungen täglich.<sup>53</sup>

Die Bundeswehrführung steht diesem Begehren skeptisch, aber nicht ablehnend gegenüber. Der ehemalige Generalinspekteur General Harald Kujat erklärte im Juni 2002:„(..) wenn es auch darum geht, einen Angriff im Innern, der auch von außen kommt, abzuwehren, dann muß man eben sehen: Wer könnte das am besten, welche Fähigkeiten werden dazu bereitgehalten? Und ich denke, dass das ein Punkt ist, über den man sehr sorgfältig nachdenken muss. Ich persönlich bin der Meinung, dass die Frage der Bedrohung durch den Terrorismus ein Aspekt ist. Das größte Risiko sehe ich eigentlich in der Kombination von terroristischen Aktionen im Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen, und da sehe ich das Risiko insbesondere bei biologischen Waffen. Wenn sich dieses Risiko einstellen sollte – das ist im Augenblick nicht der Fall, das muss ich immer dazu sagen -, aber wenn dieses ein konkretes Risiko, eine konkrete Bedrohung werden sollte – ich glaube, dann muß man über diese Frage noch einmal sehr sorgfältig nachdenken.“<sup>54</sup> Elisabeth Hauschild, Sachgebietsleiterin beim Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, fordert gar eine zentrale Koordination aller vorhandenen Kräfte: „Möglichkeiten der Abwehr und des Schutzes können jedoch nur ihre Wirkung entfalten, wenn die Bemühungen von Bundeswehr, Polizei, Katastrophenschutz, Medizinern, Wissenschaftlern, Feuerwehr, Zollkriminalamt, Nachrichtendienst auf nationaler und lokaler Ebene in einem koordinierten und konzertierten interministeriellen Gesamtansatz zusammengefügt und international abgestimmt werden.“<sup>55</sup> Da Bundeswehrsoldaten im Einsatz nicht der Befehlsgewalt ziviler Behörden unterstellt werden können,<sup>56</sup> kann dieser Vorschlag nur auf eine Unterordnung der zivilen Katastrophenschützer unter militärisches Kommando hinauslaufen.



Die rot-grüne Bundesregierung hat mit der Neufassung der Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) durch den Bundesministers der Verteidigung am 21. Mai 2003 beschlossen, die Bundeswehr zur Terrorbekämpfung im Inland einzusetzen: „Zum Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen wird die Bundeswehr Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten. Auch wenn dies vorrangig eine Aufgabe für Kräfte der inneren Sicherheit ist, werden die Streitkräfte im Rahmen der geltenden Gesetze immer dann zur Verfügung stehen, wenn nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen oder wenn der Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie kritischer Infrastruktur nur durch die Bundeswehr gewährleistet werden kann. (...) Hilfeleistungen der Bundeswehr werden bei Vorliegen der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen subsidiär bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen im Inland sowie zur Unterstützung humanitärer Hilfsaktionen und zur Katastrophenhilfe im Ausland erbracht. Solche Hilfeleistungen der Bundeswehr haben eine neue Qualität gewonnen.“<sup>57</sup> Angesichts der fehlenden militärischen Bedrohung treten Einsätze der Bundeswehr im Innern an die Stelle der früheren Landesverteidigung. So könnten Soldaten im Seuchenfall dazu eingesetzt werden, um Kontaktpersonen von Infizierten notfalls zwangsweise in Quarantänelagern zu verbringen. Daß dabei eine nichtinfizierte Person im Kontakt mit den anderen Verdächtigen einer höheren Ansteckungsgefahr ausgesetzt ist, als außerhalb der Quarantänestation, muß zum Schutz der Allgemeinheit in Kauf genommen werden.

<sup>1</sup> Vgl. ami 11/2001, S. 55-64.

<sup>2</sup> Vgl. ami 9/1998, S. 15-24; ami 9/2002, S. 5-18.

<sup>3</sup> N.N., Die arme Armee – Ein interner Bericht an den Bundeswehr-Generalinspekteur attestiert der deutschen Armee desolaten Zustände, Welt, 1.3.2002, [www.welt.de/daten/2002/03/01/0301de317508.htm?print=1](http://www.welt.de/daten/2002/03/01/0301de317508.htm?print=1)

<sup>4</sup> N.N., The World Defence Almanach 2001/02, Military Technology, 1/2002, S. 129.

<sup>5</sup> Michael Hilbig, Terroristisches Restrisiko, Focus, 7.4.2003, S. 184. Vgl. ami 1-2/2003, S. 19-26.

<sup>6</sup> N.N., Der Wortlaut des Regierungspapiers, das vor der Bedrohung durch Bio-Terror warnt, Berlin, 9.8.2002, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.2.2003;

[www.faz.net/s/Rub9E7BDDB7469E11D4AE7B0008C7F31E1E/Doc~EB977AD32CC5349D6B5A6BBF5117A5CB6~ATpl~Ecommon~Scontent.html#top](http://www.faz.net/s/Rub9E7BDDB7469E11D4AE7B0008C7F31E1E/Doc~EB977AD32CC5349D6B5A6BBF5117A5CB6~ATpl~Ecommon~Scontent.html#top)

<sup>7</sup> N.N., Bio-Terror: Gefahr verschwiegen - Regierung hat monatelang Erkenntnisse geheimgehalten, FAZ, 16.2.2003,

---

[www.faz.net/s/Rub2A936BB18BB44BBA8134C9AD285C8C81/Doc~E007FEDEAC7CA405CBED827B98B3E552F~ATpl~Ecommon~Scontent.html](http://www.faz.net/s/Rub2A936BB18BB44BBA8134C9AD285C8C81/Doc~E007FEDEAC7CA405CBED827B98B3E552F~ATpl~Ecommon~Scontent.html)

<sup>8</sup> N.N., Warum rechnen Experten mit Millionen Toten?, Bild-online, 16.2.2003, [www.bild-online.de/BTO/news/2003/feb/17/pocken\\_\\_alarm/pocken\\_\\_alarm.html](http://www.bild-online.de/BTO/news/2003/feb/17/pocken__alarm/pocken__alarm.html)

<sup>9</sup> Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ursula Lietz (u.a.), Handhabung der B-Waffen-Thematik in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 14/8082, Berlin, 25.1.2002, S. 7.

<sup>10</sup> Rolf-Dieter Balindt, Eine Aufgabe im Wandel – Der ABC-Melde- und Warndienst der Bundeswehr, Truppenpraxis, 7-8/2000, S. 462.

<sup>11</sup> Deutscher Bundestag, Schriftliche Fragen mit den in der Zeit vom 3. bis 14. Dezember 2001 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, Drucksache 14/7881, Berlin, 14.12.2001, S. 45.

<sup>12</sup> Jürgen Zielfuß, Die ABC-Abwehrbrigade 100, Europäische Sicherheit, 1/2003, S. 42.

<sup>13</sup> N.N., Leistungsgesteigerter ABC-Spürfuchs, [www.wehrtechnik.net/wehrtechnik/spurpanzer\\_fuchs\\_abc.html](http://www.wehrtechnik.net/wehrtechnik/spurpanzer_fuchs_abc.html)

<sup>14</sup> ebd.

<sup>15</sup> Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jürgen Koppelin (u.a.), Einsatz von Bundeswehrsoldaten der ABC-Abwehrtruppe in Kuwait, Drucksache 14/8696, Berlin, 25.3.2002, S. 4.

<sup>16</sup> Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ursula Lietz (u.a.), Handhabung der B-Waffen-Thematik in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 14/8082, Berlin, 25.1.2002, S. 4.

<sup>17</sup> N.N., Questionable Biodefense Research in Germany, Sunshine Project, Hamburg, 21.5.2003, [www.sunshine-project.org](http://www.sunshine-project.org)

<sup>18</sup> Wehrwissenschaftliches Institut für Schutztechnologien – ABC-Schutz, Humboldtstraße, 29633 Munster, Tel: 05192/136-0.

<sup>19</sup> Jan van Aken, Biologische Waffen – Forschungsprojekte der Bundeswehr, Sunshine Project e.V., Hamburg, Juni 2001, S. 8ff.

<sup>20</sup> N.N., Questionable Biodefense Research in Germany, Sunshine Project, Hamburg, 21.5.2003, [www.sunshine-project.org](http://www.sunshine-project.org)

<sup>21</sup> Jan van Aken, Biologische Waffen – Forschungsprojekte der Bundeswehr, Sunshine Project e.V., Hamburg, Juni 2001, S. 12ff.

<sup>22</sup> Vgl. ami 11/2002, S. 34-48.

<sup>23</sup> N.N., Auswirkungen der Auslandseinsätze auf den Ausbildungsbetrieb, 14.3.2000, [www.dfg-vk.de/bundeswehr/jb1999/4-2-1.htm](http://www.dfg-vk.de/bundeswehr/jb1999/4-2-1.htm)

<sup>24</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Ausrüstungslage der Bundeswehr, Berlin, 3.5.1999, [www.sipotec.net/ausruestung/Ausr\\_Lage.html](http://www.sipotec.net/ausruestung/Ausr_Lage.html)

<sup>25</sup> Bundesrechnungshof, Jahresbericht, 2000, [www.bundesrechnungshof.de/bem2000/54voll.html](http://www.bundesrechnungshof.de/bem2000/54voll.html)

<sup>26</sup> N.N., Die arme Armee – Ein interner Bericht an den Bundeswehr-Generalinspekteur, Welt, 1.3.2002, [www.welt.de/daten/2002/03/01/0301de3175\\_08.htx?print=1](http://www.welt.de/daten/2002/03/01/0301de3175_08.htx?print=1)

<sup>27</sup> N.N., Heer: Zustand 2001, Geopowers, 17.4.2002, [www.geopowers.com/Machte/Deutschland/facts\\_ger/facts\\_ger.html](http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/facts_ger/facts_ger.html)

<sup>28</sup> Bundesminister der Verteidigung, Pressekonferenz zur Planungsweisung des Generalinspektors, Berlin, 21.2.2003, [www.bmvg.de/archiv/reden/minister/030221\\_planungsweisungen\\_gi.php](http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/030221_planungsweisungen_gi.php)

<sup>29</sup> Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bosbach (u.a.), Deutschland wirksam vor Terroristen und Extremisten schützen, Drucksache 15/..., Berlin, 17.12.2002, S. 13.

<sup>30</sup> Gemeinsame Erklärung der Bundesrepublik Deutschland – vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung und der deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) – vertreten durch den Vorstand – zur zivil-militärischen Zusammenarbeit, Düsseldorf, 22.4.1999, [www.imi-online.de/archiv/2000/6/16b.thml](http://www.imi-online.de/archiv/2000/6/16b.thml)

<sup>31</sup> Innenministerkonferenz, Neue Strategie zum Bevölkerungsschutz – Beschluss der Innenministerkonferenz, in: Bevölkerungsschutz, 3/2002, S. 4f, [www.bzs.bund.de/bsmag/pdf/bs-3-02.pdf](http://www.bzs.bund.de/bsmag/pdf/bs-3-02.pdf)

<sup>32</sup> Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivilschutz, Deutscherherrenstr. 93-95, 53177 Bonn, Tel: 0188 / 8358 – 3000, [www.bundesverwaltungsamt.de](http://www.bundesverwaltungsamt.de)

<sup>33</sup> Innenministerkonferenz, Neue Strategie zum Bevölkerungsschutz – Beschluss der Innenministerkonferenz, in: Bevölkerungsschutz, 3/2002, S. 5, [www.bzs.bund.de/bsmag/pdf/bs-3-02.pdf](http://www.bzs.bund.de/bsmag/pdf/bs-3-02.pdf)

<sup>34</sup> <http://www.denis.bund.de/>

<sup>35</sup> Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für Zivilschutz, Merkblatt für das Verhalten bei Gefahr radioaktiver Kontamination, [www.bzs.bund.de/bzsinfo/merkblat/radiologische\\_gefahren.pdf](http://www.bzs.bund.de/bzsinfo/merkblat/radiologische_gefahren.pdf)

<sup>36</sup> Innenministerkonferenz, Neue Strategie zum Bevölkerungsschutz – Beschluss der Innenministerkonferenz, in: Bevölkerungsschutz, 3/2002, S. 3-5, [www.bzs.bund.de/bsmag/pdf/bs-3-02.pdf](http://www.bzs.bund.de/bsmag/pdf/bs-3-02.pdf)

<sup>37</sup> Rheinmetall Landsysteme, Mobile ABC-Aufklärungssysteme Fahrzeuge und technische Ausstattung, Kassel, S. 15, [www.rheinmetall-ls.de](http://www.rheinmetall-ls.de)



- 
- <sup>38</sup> Bundesverwaltungsamt, Die Service-Seite für den ABC-Erkundungskraftwagen, [www.bzs.bund.de/bzsinfo/technik/service.htm](http://www.bzs.bund.de/bzsinfo/technik/service.htm)
- <sup>39</sup> Manuel Kiper, Spürpanzer Fuchs – Der bundesdeutsche Beitrag zum US-amerikanischen C-Waffen-Programm, Wissenschaft & Frieden, [www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-90/901060m.htm](http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-90/901060m.htm)
- <sup>40</sup> Nils Kornprobst, Schnelldiagnose pathogener Organismen und potentieller B-Kampfstoffe, Vortrag beim internationalen Kongreß der DGKM, Bedrohung durch biologische und chemische Substanzen, Berlin, 17./18.5.2003.
- <sup>41</sup> Ernst-Jürgen Finke, Grundlagen und Prinzipien der Planung der medizinischen Versorgung für mögliche biologische Schadenslagen, Vortrag beim internationalen Kongreß der DGKM, Bedrohung durch biologische und chemische Substanzen, Berlin, 17./18.5.2003.
- <sup>42</sup> Robert-Koch-Institut, Nordufer 20, 13357 Berlin, Tel: 01888 / 7540, [www.rki.de](http://www.rki.de)
- <sup>43</sup> Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ursula Lietz (u.a.), Handhabung der B-Waffen-Thematik in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 14/8082, Berlin, 25.1.2002.
- <sup>44</sup> Günther Lachmann, Virus-Forschung bedroht, Welt am Sonntag, 18.5.2003.
- <sup>45</sup> Bundesministerium des Innern, Katastrophenmedizin – Leitfaden für die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall, Berlin, 2003, S. 260.
- <sup>46</sup> Siehe dazu: N.N, Schutz vor lebensbedrohenden importierten Infektionskrankheiten, Robert Koch Institut, Berlin, November 2000, [www.rki.de/INFEKT/ALARM/ALARM.HTM](http://www.rki.de/INFEKT/ALARM/ALARM.HTM)
- <sup>47</sup> Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin, Kafkastr. 62, 81737 München, Tel: 089/6707534, [www.dgkmev.de](http://www.dgkmev.de)
- <sup>48</sup> AKNZ, Ramersbacher Str. 95, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, Tel: 02641/381-200
- <sup>49</sup> Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz, Seminarangebot 2003, Bad Neuenahr-Ahrweiler, 2003, [www.bzs.bund.de/index2.html](http://www.bzs.bund.de/index2.html)
- <sup>50</sup> Matthias G. Fischer, Bundeswehr und Terrorismusbekämpfung – Zur Diskussion über den Inneneinsatz der Streitkräfte, Die politische Meinung, Mai 2002, S. 51.
- <sup>51</sup> Bayerische Staatskanzlei, Bericht aus der Kabinettsitzung, Pressemitteilung, 21.1.2003, S. 2ff.
- <sup>52</sup> Günther Beckstein, Der Datenschutz muss reduziert werden – Debatte über den CDU/CSU-Antrag „Was zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus jetzt zu tun ist“, Berlin, 18.10.2001, [www.bundestag.de/cgi-bin/druck.pl?N=parlament](http://www.bundestag.de/cgi-bin/druck.pl?N=parlament)
- <sup>53</sup> Heinz Häfner / Bertram Krumm, Signifikanter Anstieg nach Terroranschlägen, Deutsches Ärzteblatt, 28.2.2003, S. 535f.
- <sup>54</sup> Rolf Clement, Interview der Woche – Harald Kujat, Generalinspekteur der Bundeswehr, Deutschlandfunk, 23.6.2002, [www.dradio.de/cgi-bin/es/neu-interviewwoche/272.html](http://www.dradio.de/cgi-bin/es/neu-interviewwoche/272.html)
- <sup>55</sup> Elisabeth Hauschild, Bedrohung durch Biologische Waffen, Europäische Wehrkunde, 1/2003, S. 11.
- <sup>56</sup> Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr, Handbuch für sanitätsdienstliche Hilfeleistungen der Bundeswehr bei Naturkatastrophen, besonders schweren Unglücksfällen und im Rahmen der dringenden Nothilfe, Bonn, 23.6.1999.
- <sup>57</sup> Bundesminister der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, Berlin, 21.5.2003, S. 17ff, [www.bmvg.de/sicherheit/vpr.php](http://www.bmvg.de/sicherheit/vpr.php)